



Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen

PRESSE- INFORMATION

26. April 2022

Positionen zur Landtagwahl: Niedersächsische Seehäfen wollen Beitrag zur Energie- und Verkehrswende leisten

Emden/Oldenburg/Stade. Die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen hat ihr Positionspapier zur Landtagwahl im Herbst 2022 vorgelegt und benennt darin die wichtigsten seehafenpolitischen Handlungsfelder auf Landesebene für die nächste Legislaturperiode.

„Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen, die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele stellen die niedersächsischen Seehäfen in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen“, sagt Michael de Reese, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen. Während der Corona-Pandemie habe sich eindrucksvoll gezeigt, dass die niedersächsischen Seehäfen elementarer Bestandteil unserer kritischen Infrastruktur sind, so de Reese weiter. „Ohne funktionierende Seehäfen können die Lieferketten der deutschen Industrie, die hochgradig in die Weltwirtschaft integriert ist, nicht funktionieren und als Folge stehen die Bänder still“, unterstreicht de Reese. „Zudem sind die niedersächsischen Seehäfen langfristig ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Als niedersächsische Seehafenwirtschaft wollen wir unseren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und zur Energiewende leisten und die Energieversorgung des Wirtschaftsstandortes Deutschland mit Hilfe des Ausbaus der Offshore-Windenergie und perspektivisch mit dem Import von grünem LNG und grünem Wasserstoff weiterhin sicherstellen“. Darüber hinaus trage eine

1/3

leistungsfähige Seehafenwirtschaft in Niedersachsen dazu bei, die Verkehrswende voranzubringen, indem mehr Güterverkehr von der Straße auf den klimafreundlichen Verkehrsträger Wasserstraße verlagert werden könnte. Gleichzeitig müsse auch der Ausbau der Bahn für einen zuverlässigen und klimafreundlichen Seehafenhinterlandverkehr zügig und entschlossen vorangetrieben werden, um mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bekommen, betont de Reese.

„Eine verlässliche Finanzierung durch eine Erhöhung der Landesmittel auf mindestens 50 Mio. Euro jährlich, ein bedarfsgerechter Ausbau und Erhalt der seewärtigen Zufahrten, die Engpassbeseitigung im Seehafenhinterlandverkehr und insbesondere eine beschleunigte Umsetzung von Infrastrukturvorhaben sind essenzielle Voraussetzungen, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern und im Wettbewerb bestehen zu können“. Darüber hinaus müssten im Hinblick auf die Digitalisierung der Gigabitausbau in den Seehäfen entschlossen vorangetrieben und sämtliche Seehafenstandorte bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz durch die Landespolitik unterstützt werden, so de Reese weiter.

„In der kommenden Legislaturperiode müssen die Weichen gestellt werden, damit unsere Seehäfen als logistische Drehscheiben im internationalen Güterverkehr weiterhin ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit erhalten und auch in Zukunft ihren Beitrag zu Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätzen in Niedersachsen leisten können“, appelliert de Reese. Schließlich seien in Niedersachsen mehr als 40.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Seehafenwirtschaft abhängig, die unbedingt erhalten werden müssen. „Die Landespolitik hat die Aufgabe, die Standortvorteile sämtlicher niedersächsischer Seehäfen nachhaltig zu stärken, weil jeder Seehafenstandort aufgrund seiner Spezialisierung systemrelevant und nicht dicht durch andere Standorte zu ersetzen ist“, betont de Reese. Im Schlußsatz zwischen niedersächsischer Seehafenwirtschaft und Landespolitik könnten die bestehenden Herausforderungen als Chance zur Weiterentwicklung unserer Seehäfen und damit zum Vorteil des gesamten Landes Niedersachsen genutzt werden, unterstreicht de Reese.

Das Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen zur Landtagswahl 2022 „Ein Hafen – neun Standorte“ können Sie herunterladen unter: www.seehafen-niedersachsen.de

Die Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen ist der Zusammenschluss von neun niedersächsischen Seehäfen in Brake, Cuxhaven, Emden, Leer, Nordenham, Oldenburg, Papenburg, Stade und Wilhelmshaven. Sie vertritt die politischen Interessen der niedersächsischen Seehafenwirtschaft gegenüber Land, Bund und EU.